

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 54

DIENSTAG, DEN 9. JULI

2013

Inhalt:

	Seite		Seite
Genehmigungsverfahren	1053	Auslegung der Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen	1054
Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße, mit der Eisenbahn und mit der Binnenschifffahrt ...	1053	Beitragsordnung der Studierendenschaft der Hafen-City Universität Hamburg (HCU)	1054
Öffentliche Zustellung	1054	Einladung zur Mitgliederversammlung	1055
Entwurmung einer öffentlichen Wegefläche	1054		

BEKANNTMACHUNGEN

Genehmigungsverfahren

Im Genehmigungsverfahren betreffend den Antrag des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden, Bernhard-Nocht-Straße 74, 20345 Hamburg, vom 13. Februar 2013, eingegangen am 6. März 2013, zur Durchführung weiterer gentechnischer Arbeiten der Sicherheitsstufe 4 ergeht folgender Genehmigungsbescheid:

Nach § 9 Absatz 3 des Gesetzes zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz – GenTG) vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2066) in Verbindung mit §§ 4 bis 7 der Verordnung über Sicherheitsstufen und Sicherheitsmaßnahmen bei gentechnischen Arbeiten in gentechnischen Anlagen (Gentechnik-Sicherheitsverordnung – GenTSV) vom 14. März 1995 (BGBl. I S. 297), jeweils in der aktuellen Fassung, wird der Antrag des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin, nach Maßgabe der geprüften Antragsunterlagen, unbeschadet der auf besonderen privatrechtlichen Titeln bestehenden Ansprüche Dritter, zur Durchführung weiterer gentechnischer Arbeiten der Sicherheitsstufe 4 genehmigt.

Die Genehmigung ist mit Nebenbestimmungen (u.a. umwelt- und arbeitsschutzrechtlichen Bedingungen und Auflagen) versehen und berechtigt zur Durchführung folgender gentechnischer Arbeiten:

Projekt:

Herstellung rekombinanter Filoviren für Immunitäts- und Pathogenese-Untersuchungen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Er ist innerhalb eines Monats nach Zustellung bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Neuenfelder Straße 19, 21109 Ham-

burg, schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift zu erklären.

Hinweise:

Der Bescheid gilt mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger zwei Wochen verstrichen sind. Nach der öffentlichen Bekanntmachung kann der Genehmigungsbescheid bis zum Ablauf der Rechtsbehelfsfrist von den Beteiligten im Sinne des § 13 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes (VwVfG) schriftlich bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, angefordert werden (§ 69 Absatz 2 Satz 5 VwVfG). Eine Ausfertigung des Bescheides liegt dort in Zimmer F.04.305 vom Tage nach der Bekanntmachung an zwei Wochen montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr zur Einsicht aus. Die Auslegungsfrist beginnt am 10. Juli 2013.

Hamburg, den 1. Juli 2013

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –**

Amtl. Anz. S. 1053

Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße, mit der Eisenbahn und mit der Binnenschifffahrt

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat in seinem Amtsblatt folgende Veröffentlichung getätigt:

- Die Richtlinien des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 8. Mai 2013 zur Durchführung der Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (GGVSEB-Durchführungsrichtlinien – RSEB) im Verkehrsblatt 2013, S. 558. Der Richt-

linientext ist als Sonderdruck beim Verkehrsblattverlag erhältlich.

Diese Richtlinien einschließlich der dort enthaltenen Bußgeld- und Verwarngeldkataloge werden ab sofort auch in Hamburg durch die zuständigen Verwaltungsbehörden angewandt.

Gleichzeitig werden die GGVSEB-Durchführungsrichtlinien – RSEB – vom 29. April 2011 (VkB1. 2011 Heft 9) aufgehoben.

Hamburg, den 1. Juli 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 1053

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt des Herrn Philipp Meiers, geboren am 30. Juli 1974, zuletzt wohnhaft Paul-Roosen-Straße 13, 22767 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 16. Juli 2013 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für den Genannten ein Schreiben im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Klosterwall 8, Zimmer 220, 20095 Hamburg, montags oder donnerstags zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 30. Juli 2013 als bewirkt.

Hamburg, den 18. Juni 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1054

Entwidmung einer öffentlichen Wegefläche

Nach § 7 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41) mit Änderungen wird die Wegefläche Fußgängertunnel unter der Verkehrsfläche Glockengießerwall sowie über der Verkehrsfläche Wallringtunnel (Flurstück 1789 teilweise) der Gemarkung Altstadt-Nord mit sofortiger Wirkung als für den öffentlichen Verkehr entbehrlich entwidmet.

Hamburg, den 28. Mai 2013

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 1054

Auslegung der Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen

Die vom Bezirksamt Harburg aufgestellten Vorschlagslisten für die Wahl der Jugendschöffen für die Amtszeit vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2018 liegen vom 15. Juli 2013 bis 22. Juli 2013 werktags (außer sonnabends) zu jedermanns Einsicht im IV. Stock des Jugendamtes, Harburger Ring 33, Raum 429, 21073 Hamburg, aus.

Möglichkeit der Einsichtnahme: montags bis donnerstags 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr, freitags 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

Gegen die Vorschlagslisten kann binnen einer Woche nach der Auslegefrist beim Bezirksamt Harburg schriftlich oder zu Protokoll Einspruch erhoben werden mit der

Begründung, dass in die Vorschlagslisten Personen aufgenommen worden sind, die nicht aufgenommen werden durften oder nicht aufgenommen werden sollten.

Hamburg, den 2. Juli 2013

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 1054

Beitragsordnung der Studierendenschaft der HafenCity Universität Hamburg (HCU)

Das Präsidium der HafenCity Universität Hamburg hat am 27. Juni 2013 gemäß § 104 Absatz 2 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20. Dezember 2011 (HmbGVBl. S. 550), die vom Studierendenparlament am 8. Mai 2013 erlassene Beitragsordnung in der nachstehenden Fassung genehmigt.

§ 1

Beitragspflicht

(1) Die Studierendenschaft der HafenCity Universität Hamburg erhebt zur Erfüllung ihrer Aufgaben in jedem Semester von allen eingeschriebenen Studierenden einen Beitrag gemäß § 104 des Hamburgischen Hochschulgesetzes. Dazu gehören insbesondere auch Mittel zur Finanzierung eines Beförderungsvertrages, aus dem der Gesamtheit der Studierenden der HafenCity Universität Hamburg ein wirtschaftlicher Vorteil erwächst.

(2) Beitragspflichtig sind auch beurlaubte Studierende.

(3) Von der Beitragspflicht sind Studierende befreit, die nach Ablauf des jeweiligen Semesters rückwirkend immatrikuliert werden.

§ 2

Fälligkeit und Entrichtung des Beitrages

(1) Der Beitrag wird jeweils bei der Einschreibung, Rückmeldung oder Beurlaubung fällig.

(2) Der Beitrag ist an die für die HCU zuständige Kasse zu entrichten. Diese weist den für die Zwecke der studentischen Selbstverwaltung zu entrichtenden Beitragsanteil dem Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), den Beitragsanteil für das Semesterticket dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) und den Beitragsanteil des Semesterticket-Härtefonds einem Sonderkonto des Studierendenwerks zu.

§ 3

Beitragshöhe

Im Wintersemester 2013/2014 beträgt der Beitrag 172,00 Euro pro Semester. Dieser Beitrag setzt sich aus drei Teilbeträgen zusammen, die wie folgt zu verwenden sind:

1. 15,00 Euro für die Zwecke der studentischen Selbstverwaltung,
2. 155,10 Euro für das Semesterticket,
3. 1,90 Euro für den Härtefonds.

§ 4

Härtefonds

Auf Antrag kann der auf das Semesterticket entfallende Beitragsanteil aus dem Härtefonds in den Fällen zurückerstattet werden, in denen die Vorteile des Semestertickets aus

gesundheitlichen, räumlichen oder sozialen Gründen nicht in Anspruch genommen werden können. Die näheren Einzelheiten regeln die Richtlinien der Studierendenschaft der HCU für den Semesterticket-Härtefonds in der jeweils gültigen Fassung.

§ 5

Aufsicht

Die Aufsicht über die Verwendung der Beiträge haben die satzungsgemäßen Organe der Studierendenschaft gemäß der Wirtschaftsordnung der Studierendenschaft der HCU Hamburg in der jeweils gültigen Fassung.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Beitragsordnung tritt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger der Stadt Hamburg in Kraft.

Hamburg, den 27. Juni 2013

HafenCity Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 1054

Einladung zur Mitgliederversammlung

Gemäß § 6 der Satzung der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. findet am Montag, dem 12. August 2013, um 19.00 Uhr die Mitgliederversammlung des Regionalverbandes Hamburg in der Helbingstraße 47, 22047 Hamburg – großer Konferenzraum in der 1. Etage –, statt.

Tagesordnung:

1. Entgegennahme und Erörterung des Berichtes des Vorstandes,
2. Behandlung von Anträgen für die Vertreterversammlung,
3. Verschiedenes.

Anträge sind bitte schriftlich bis zum 29. Juli 2013 bei der Regionalgeschäftsstelle – Sekretariat – einzureichen.

Hamburg, den 2. Juli 2013

**Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
Regionalverband Hamburg**

Amtl. Anz. S. 1055

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
 Postanschrift:
 Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zentrale Vergabestelle
 Zu Händen von Frau Köhler,
 Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 99,
 Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88
 E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Sonstige: siehe Anhang A.II

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Sonstige: siehe Anhang A.III

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Verkehrsinfrastruktur
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 BAB 25 Ergänzender Lärmschutz zwischen AD Südost und Landesgrenze Schleswig-Holstein

- Fahrtrichtung Geesthacht (Bereich AS Bergedorf bis Landesgrenze Schleswig-Holstein).
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
Bauftrag
Planung und Ausführung
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Lärmschutzwände K721-3, -4, -5a, -5b, K723-3, -4a 4b, -4c.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 45223500
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Errichtung von 8 Lärmschutzwänden auf der Südseite (Richtung Geesthacht) der BAB 25 im Bereich ASHH-Bergedorf bis Landesgrenze Schleswig-Holstein, ca. km 10+987 bis 12+771 aus Stahlbetonelementen mit hochabsorbierender Vorsatzschale und bereichsweise transparenten Wandelementen einschließlich der Ortbeton-Bohrpfahlgründungen DU 70 cm. Länge der Lärmschutzwand insgesamt ca. 1931 m bei ~ 6860 m² Wandfläche, Höhe 3-5 m, insgesamt ca. 1830 m Bohrpfahllänge und ca. 132 t Profilstahlträger-Pfosten.
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Beginn: 14. Oktober 2013
Abschluss: 1. Februar 2014
- ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**
- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
siehe Vergabeunterlagen
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
siehe Vergabeunterlagen
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.
– Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.
– Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.
– Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Versicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.
– Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.
– Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.
– Näheres siehe Vergabeunterlagen
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
– Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.
– Näheres siehe Vergabeunterlagen.
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal.

- Benennung ZTV.Ing.Koordinator und dessen ständiger Vertreter.
- Qualifikation SIGEKO.
- Bauzeitenplan.
- Qualifikation Korrosionsschutz.
- Nachweis Führungspersonal bei Korrosionsschutzarbeiten.
- Herstellerqualifikation DIN EN 1090 EXC 2.
- Büro für technische Bearbeitung.
- Labor Asphalt bzw. kontaminierte Böden.
- Einbringung und Ausbaurverfahren eingesetzte Geräte für die Baugrubenverbauten.
- Erläuterung des Bauablaufes.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Preis	90
2. Technischer Wert	10

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
OV-K5-228/13

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
9. August 2013, 12.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 37,- Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-K5-228/13. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.

Empfänger:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ZVA,
Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut Postbank Hamburg.

IBAN DE 50200100200375202205,
BICPBNKDEFF200 (Ort: Hamburg)

Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift A.II (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

13. August 2013, 9.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 14. Oktober 2013

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

13. August 2013, 9.30 Uhr

Ort: siehe Anhang A.III

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben: –**

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:

Neuenfelder Straße 10, 21109 Hamburg,
Deutschland,
Telefax: +49 (0)40/4 28 23 - 20 39

- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
 Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
 Gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
 25. Juni 2013

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –
- II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Postanschrift:
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
 Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.419
 Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54
- III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**
 Offizielle Bezeichnung:
 Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
 Postanschrift:
 Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
 Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.421

Hamburg, den 25. Juni 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

599

Auftragsbekanntmachung Richtlinie 2004/18/EG

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer
 Postanschrift:
 Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zentrale Vergabestelle
 Zu Händen von Herrn Oetzmann,
 Telefon: +49 (0)40 / 4 28 26 - 25 59,
 Telefax: +49 (0)40 / 4 28 26 - 24 88

E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 Sonstige: siehe Anhang A.II
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 Sonstige: siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Agentur/Amt auf zentral- oder bundesstaatlicher Ebene

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Verkehrsinfrastruktur

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**

BAB A7, Bw. Nr. 643, Stader Straße – Verstärkung westlicher Überbau.

II.1.2) **Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**

Bauftrag
 Planung und Ausführung
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
 Hamburg, BAB A7 über die B 73 Stader Straße
 NUTS-Code: DE600

II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):**

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung: –**

II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Einbau von externen Spanngliedern mit Umlenkkonstruktionen aus Stahl an den Längsträgern des Überbaus einschließlich Verankerung hinter Endquerträgern, Herstellen von Baugruben, Abbruch von Stahlbeton, Herstellung von Spannkammern hinter den Widerlagern aus Stahlbeton, Anheben Überbau am Widerlager Nord und Einbau von Futterplatten an den Lagern, Erneuerung Übergangskonstruktionen, Betoninstandsetzungsarbeiten, Belagsarbeiten Brücke, Verkehrssicherungs- und Gerüstbauarbeiten, Straßenbauarbeiten in Anschlussbereichen.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45221100
 Ergänzende Gegenstände: 45221119
 45223000
 45233110
 45233120

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Ja

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Einbau von externen Spanngliedern (ca. 980 m), Einbau von Umlenkkonstruktionen aus Stahl (ca. 40 t) an den Längsträgern des Überbaus, Verankerung der Spannglieder hinter Endquerträgern Überbau, Herstellen von Baugruben (ca. 3.000 m³), Abbruch von Stahlbeton (ca. 40 m³), Herstellung von Spannkammern hinter den Widerlagern aus Stahlbeton (ca. 400 m³), Anheben Überbau am Widerlager Nord und Einbau von Futterplatten an den Lagern, Erneuerung Übergangskonstruktionen (ca. 50 m), Betoninstandsetzungsarbeiten, Belagsarbeiten Brücke (ca. 100 m²), Verkehrssicherungs- und Gerüstbauarbeiten, Straßenbauarbeiten in Anschlussbereichen.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Beginn: 1. November 2013
 Abschluss: 9. Mai 2014

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

siehe Vergabeunterlagen

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

siehe Vergabeunterlagen

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter(in).

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Angaben, ob ein Insolvenzverfahren beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.

– Angaben, ob sich das Unternehmen in der Liquidation befindet.

– Angaben, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellen.

– Angaben, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Versicherung ordnungsgemäß erfüllt wurde.

– Angaben, dass das Unternehmen bei der Berufsgenossenschaft angemeldet ist.

– Angaben zur Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes. Ausländische Bieter haben vergleichbare Nachweise vorzulegen.

– Näheres siehe Vergabeunterlagen

III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Benennung des Umsatzes des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.

– Benennung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

– Näheres siehe Vergabeunterlagen.

III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenen technischen Leitungspersonal.

– Benennung ZTV-Ing. Koordinator, Baustelleneinrichtungsplan, Gerüstkonzept (Schutz, Arbeits- und Traggerüste) einschließlich Systemskizzen und gegebenenfalls Umweltschutzmaßnahmen, Qualifikation Korrosionsschutz, Qualifikation Betoninstandsetzung, Konzept Winterbaumaßnahmen, Materialien und Stoffe, Fachkunde für die Durchführung von Entwässerungsarbeiten gemäß ZTV-Siele Hamburg Ausführungsklasse EXC3 nach DIN EN 1090, bzw. Herstellerqualifikation Großer Eignungsnachweis Klasse E gemäß DIN 18800.

– Näheres siehe Vergabeunterlagen.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:
Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offen
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:
- | Kriterien | Gewichtung |
|---------------------|------------|
| 1. Preis | 90 |
| 2. Technischer Wert | 10 |
- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
OV-K5-239/13
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme:
9. August 2013
Kostenpflichtige Unterlagen: Ja
Preis: 38,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Banküberweisung, Schecks oder Briefmarken werden nicht angenommen. Überweisung des Kostenbeitrages unter Angabe des Aktenzeichens OV-K5-239/13. Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis der Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt ZVA,
Konto-Nr. 375 202 205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut Postbank Hamburg.

IBAN DE 50200100200375202205,
BICPBNKDEFF200 (Ort: Hamburg)

Bei Bank- oder Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift A.II (Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen) schicken.

- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
13. August 2013, 10.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: 18. Oktober 2013
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
13. August 2013, 10.30 Uhr
Ort: siehe Anhang A.III
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 10, 21109 Hamburg,
Deutschland,
Telefax: +49 (0)40/4 28 23 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
1. Juli 2013

ANHANG A**SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:** –

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem):**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland

Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.419

Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 25 54

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland

Zu Händen von: RB/ZVA, Zimmer E 01.421

ANHANG B**ANGABE ZU DEN LOSEN**

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: BAB A7, Bw. Nr. 643, Stader Straße – Verstärkung westlicher Überbau.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Verstärkung des westlichen Überbaus und Verkehrssicherung.

1) **Kurze Beschreibung:**

Einbau von externen Spanngliedern mit Umlenkkonstruktionen aus Stahl an den Längsträgern des Überbaus einschließlich Verankerung hinter Endquerträgern, Herstellen von Baugruben, Abbruch von Stahlbeton, Herstellung von Spannkammern hinter den Widerlagern aus Stahlbeton, Anheben Überbau am Widerlager Nord und Einbau von Futterplatten an den Lagern, Erneuerung Übergangskonstruktionen, Betoninstandsetzungsarbeiten, Belagsarbeiten Brücke, Verkehrssicherungs- und Gerüstbauarbeiten.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45221100

Ergänzende Gegenstände: 45221119

45223000

45233110

3) **Menge oder Umfang:**

Einbau von externen Spanngliedern (ca. 980 m), Einbau von Umlenkkonstruktionen aus Stahl (ca. 40 t) an den Längsträgern des Überbaus, Verankerung der Spannglieder hinter Endquerträgern Überbau, Herstellen von Baugruben (ca. 3.000 m³), Abbruch von Stahlbeton (ca. 40 m³), Herstellung

von Spannkammern hinter den Widerlagern aus Stahlbeton (ca. 400 m³), Anheben Überbau am Widerlager Nord und Einbau von Futterplatten an den Lagern, Erneuerung Übergangskonstruktionen (ca. 50 m), Betoninstandsetzungsarbeiten, Belagsarbeiten Brücke (ca. 100 m²).

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Straßenbau

1) **Kurze Beschreibung:**

Straßenbauarbeiten in Anschlussbereichen.

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45233110

Ergänzende Gegenstände: 45233120

3) **Menge oder Umfang:** –

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 1. Juli 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

600

Öffentliche Ausschreibung

Vergabenummer: 13 A 0251

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Pappelallee 41, 22089 Hamburg,

Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 00,

Telefax: + 49 (0)40 / 4 27 92 - 12 00

E-Mail: PoststelleBundesbauabteilung@bba.hamburg.de

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer: **13 A 0251**

Gebäudeautomation

4112 K 1251 zweiter baulicher Rettungsweg Gebäude 18

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen: –

d) Art des Auftrages:

Ausführen von Bauleistungen

e) Ort der Ausführung:

Kaserne Blomkamp 61, Hamburg, Gebäude 18

f) Art und Umfang der Leistung:

13A0251 Stahlbauarbeiten

– einläufige Stahlterasse im Außenbereich über 3 Geschosse. Gesamtgewicht der Stahlkonstruktion ca. 4,5 t.

– Stahlstabgeländer der Stahlterasse, Gesamtlänge ca. 75 m.

– Gitterrostpodestflächen, ca. 25,5 m².

– Gitterroststufen, 56 Stück.

- Wärme gedämmte, verglaste Stahlrohrrahmen-Türelemente als Notausgangstüren, Einzelgrößen ca. 2,8 m², Anzahl 4 Stück.
 - Wärme gedämmte Paneelfelder im Decken-/Sturzbereich zwischen den Notausgangstüren. Einzelgröße ca. 0,6 m².
- g) Erbringen von Planungsleistungen: Nein
- h) Aufteilung in Lose: Nein
- i) Ausführungsfrist:
Beginn der Ausführung: 16. September 2013
Fertigstellung der Leistungen bis: 25. Oktober 2013
- j) Nebenangebote: sind zugelassen
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen:
bei Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
Bewerbungsschluss: 22. Juli 2013
Versand der Verdingungsunterlagen: 29. Juli 2013
- l) Kosten für die Übersendung der Vergabeunterlagen in Papierform:
Höhe des Entgeltes: 8,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung
Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen!
Empfänger: siehe Buchstabe a)
Kontonummer: 1 027 210 333
BLZ: 200 505 50, Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 2103 33
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 13 A 0251
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis:
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn
- auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
 - gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a) angefordert wurden,
 - das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
- Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).
- q) Angebotseröffnung:
21. August 2013, 10.00 Uhr,
Ort: siehe Buchstabe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen: Bieter und ihre Bevollmächtigten
- r) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen
- t) Rechtsform der Bietergemeinschaften:
selbstschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Nachweise zur Eignung:

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf Verlangen nachzuweisen, dass die vorgesehenen Nachunternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind die Eigenerklärungen auch für die vorgesehenen Nachunternehmen abzugeben, es sei denn, die Nachunternehmen sind präqualifiziert. In diesem Fall reicht die Angabe der Nummer, unter der die Nachunternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

Das Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) ist erhältlich.

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6 Absatz 3 Nr. 3 VOB/A zu machen: –

v) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist: 23. September 2013

w) Nachprüfung behaupteter Verstöße:

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 450

x) Sonstige Angaben:

Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt: Vergabestelle, siehe Buchstabe a).

Technische Fragen: Herr Grade
Telefon: 040 / 4 28 42 - 204

Hamburg, den 3. Juli 2013

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –

601

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

II.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Kirsten Spann

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68

Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
 des Auftraggebers:
<http://www.hamburg.de/schulbau/>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag
 anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Wettbewerbs/Projekts durch den öffentlichen Auftraggeber/den Auftraggeber
 Zubau und Sanierung des Gymnasiums Altona an den Standorten Hohenzollernring 57-61 und Bleickenallee 5, Hamburg.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Dienstleistungskategorie Nr: 12
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400

Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg beauftragt, das Gymnasium Altona zu sanieren und aufgrund steigender Schülerzahlen von 4 auf 6 Züge zu erweitern. Die Schule verteilt sich über mehrere Gebäude auf drei Grundstücken:

- Auf dem Schulgelände am Hohenzollernring 57-61 (im Folgenden Standort A genannt) befindet sich ein denkmalgeschützter Altbau mit Sporthalle aus dem Jahr 1910, der zusammen mit dem davor liegenden Park und einigen benachbarten Gebäuden unter Denkmalschutz (Ensembleschutz) steht. Auf diesem Gelände befindet sich zusätzlich noch eine Sporthalle aus den 70er Jahren.
- Etwa zweihundert Meter entfernt, in der Bleickenallee 5 (im Folgenden Standort B genannt), befindet sich ein denkmalgeschützter Altbau. Der vordere Teil stammt aus der Gründerzeit, während der hintere Teil 1928 von dem Architekten und Bausenator in Altona, Gustav Oelsner, im Stil der Neuen Sachlichkeit gebaut wurde. Auf diesem Grundstück befindet sich noch eine separate Sporthalle aus der Gründerzeit, die ebenfalls unter Denkmalschutz steht.
- In der Bülowstraße befindet sich ein Neubau aus dem Jahr 2004, in dem Fachräume und ein Mehrzweckbereich mit Kantine untergebracht sind.

Die denkmalgeschützten Altbauten und Sporthallen an den Stadtorten A und B sollen im Zuge der Gesamtmaßnahme saniert werden. Es sollen Sanierungsmaßnahmen u. A. in den Bereichen Brandschutz, Schallschutz, WC-Anlagen und Mauerwerksschäden durchgeführt werden. Weiterhin sollen neue Klassenräume zugebaut und drei neue Sporthallen bzw. Sporthallenflächen errichtet werden.

2012 wurde von Schulbau Hamburg eine Machbarkeitsstudie erarbeitet. Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass das nötige Neu- und Zubauvolumen auf den vorhandenen Schulgrundstücken nicht komplett abgebildet werden kann. Für die drei neu zu errichtenden Sporthallen bzw. Sporthallenflächen müssen in der Nähe der Liegenschaft (5-10 Gehminuten Entfernung) geeignete Grundstücke gefunden werden. Denkbar wäre die Errichtung mehrerer solitärer oder kombinierter Sporthallen/Sporthallenflächen.

Insgesamt ist von einem derzeitigen Sanierungsbedarf von etwa 12.100 m² NGF und von einem Zubaubedarf von etwa 4.600 m² NGF auszugehen. Die von Schulbau Hamburg erarbeitete Machbarkeitsstudie wird den Bietern im Rahmen der Angebotsaufforderung zur Verfügung gestellt. Teil der Beauftragung ist es, im Rahmen der Sanierungs- und Zubaumaßnahmen ein tragfähiges und nachhaltiges Gesamtkonzept für die Schule zu erstellen. Dies führt ggf. zu einer umfangreichen Planungsphase.

Es werden mit der Bearbeitung der Leistungsphase 2 planerische Lösungsvorschläge erwartet, die ein möglichst optimales Verhältnis zwischen langlebigen Baukonstruktionen, hoher Energieeffizienz, niedrigen Betriebskosten, anspruchsvoller Gestaltung und wirtschaftlicher Erstellung vorweisen. Die Baumaßnahmen sind in Abstimmung mit der Schule zum Teil bei laufendem Betrieb durchzuführen und bis Ende 2016 fertigzustellen.

Für die Umsetzung der Gesamtmaßnahme ist ein Budget von ca. 20 Millionen Euro brutto gem. DIN 276 Kostengruppen 200-700 vorgesehen. Die genannten Teilprojektmaßnahmen sind unter der Prämisse der standortspezifischen Anforderungen im Rahmen des Gesamtkonzeptes zu entwickeln. Im Zuge der Gesamtplanung sind Vorschläge für die zeitliche Staffelung der Bauphasen zu erbringen.

Die zu vergebenen Leistungen bestehen aus:

LOS 1:

- Leistungsphasen 1 bis 2 Objektplanung gem. § 33 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 9 Objektplanung gem. § 33 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

LOS 2:

- Leistungsphasen 1 bis 2 Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI, Anlagegruppen 1-8 gem. § 51 (2) HOAI und Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 42 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI, Anlagegruppen 1-8 gem. § 51 (2) HOAI und Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 42 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

LOS 3:

- Leistungsphasen 1 bis 2 Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI;
- Leistungsphasen 3 bis 6 Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
Hauptgegenstand: 71240000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose: Ja
Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
Gemäß Schwellenwertberechnung wird das Honorarvolumen auf ca. 1.050.000,- Euro für LOS 1 (Objektplanung), ca. 470.000,- Euro für LOS 2 (Technische Ausrüstung und Ingenieurbauwerke, Entwässerung) und ca. 300.000,- Euro für LOS 3

(Tragwerksplanung) inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 1.820.000,- Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

LOS 1: Leistungsphasen 3 bis 9 Objektplanung gem. § 33 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

LOS 2: Leistungsphasen 3 bis 9 Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI, Anlagegruppen 1-8 gem. § 51 (2) HOAI und Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 42 HOAI, als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

LOS 3: Leistungsphasen 3 bis 6 Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw.**

Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 38 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Deckungssummen der Berufshaftpflicht pro LOS:
Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist pro LOS der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der Bewerber/innen insofern ihre bzw. seine Bereitschaft, sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/innen, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein ist als Nachweis ausreichend.)

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem/r Vertreter/in.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der jeweilige Auftragnehmer pro LOS sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Mit dem Teilnahmeantrag sind pro LOS folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- Spezifisches Anschreiben (formlos);
- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1 A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1 B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck); zusätzlich sind die Nachweise über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben beizufügen;
- Anlage 1 C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1 D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1 E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1 F: Angaben zu Auftrags teilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1 G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);
- Anlage 1 H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck);

– Anlage 2 A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;

– Anlage 3 A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);

– Anlage 3 B: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten mit Referenzschreiben für LOS 1, von drei vergleichbaren Referenzprojekten mit Referenzschreiben für LOS 2 und von zwei vergleichbaren Referenzprojekten mit Referenzschreiben für LOS 3 (siehe III.2.3 sowie IV.1.2).

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden und Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, indem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderer als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung ist für jedes LOS separat in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer und der Losnummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie ein Bewerbungsbogen für jedes LOS gesondert auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es wird bei der Abforderung der Unterlagen darum gebeten, die Losnummer anzugeben für dessen Leistung die Bewerbungsunterlagen benötigt werden. Eine Bewerbung ist für ein zwei oder drei LOSE möglich. Die Nachweise und Erklärungen sind für jedes LOS separat einzureichen. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerbungsbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Pro Los ein aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).
- B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich gem. § 33 HOAI für LOS 1 in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2010, 2011, 2012). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 1.000.000,- Euro (netto) erreichen. Der durchschnittliche Jahresteilumsatz für den Leistungsbereich gem. § 53 und § 42 HOAI für LOS 2 muss in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2010, 2011, 2012) mindestens 450.000,- Euro (netto) erreichen. Der durchschnittliche Jahresteilumsatz für den Leistungsbereich gem. § 49 HOAI für LOS 3 muss in den letzten drei Geschäftsjahren (je Jahr; 2010, 2011, 2012) mindestens 300.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier für LOS 1:

- Architekt/in für die Leistungen Objektplanung gem. § 33 HOAI.

Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier für LOS 2:

- Ingenieur/in für die Leistungen Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI (HLS, Anlagengruppen 1-3),
- Ingenieur/in für die Leistungen Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI (ELT, Anlagengruppen 4+5),
- Ingenieur/in für die Leistungen Ingenieurbauwerke (Entwässerung) gem. § 42 HOAI.

Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier für LOS 3:

- Ingenieur/in für die Leistungen Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI

- B) Nachweis der erbrachten Leistungen für 2 Projekte für LOS 1, 3 Projekte für LOS 2 und 2 Projekte für LOS 3.

Für LOS 1 sind 2 Projekte für den Leistungsbereich gem. § 33 HOAI zu erbringen. Für LOS 2 sind 2 Projekte für den Leistungsbereich gem. § 53 HOAI und 1 vergleichbares Projekt für den Leistungsbereich gem. § 42 HOAI (Entwässerung) zu erbringen. Für LOS 3 sind 2 Projekte für den Leistungsbereich gem. § 49 HOAI zu erbringen.

Alle Projekte müssen innerhalb der vergangenen 7 Jahre (Stichtag 1. Januar 2006) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Angabe der erbrachten Leistungen gem. HOAI (Leistungsbild und Leistungsphasen), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Abschluss Leistungsphase 8 und Übergabe an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 300 und 400 gem. DIN 276 bei LOS 1 und LOS 3, KG 400 und bzw. KG 540 gem. DIN 276 bei LOS 2), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche (BGFa gem. DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung (siehe III.2.1 sowie IV.1.2) des Bauherrn einzureichen. Die 2 vergleichbaren Referenzprojekte für LOS 1, 3 Referenzprojekte für LOS 2 und 2 Referenzprojekte für LOS 3 sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist in dem jeweiligen LOS zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern, mit Bauten für Bildung oder Erziehung und mit Baumaßnahmen im laufenden Betrieb nachzuweisen.

- C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre. Hiervon sind für LOS 1 im Bereich Objektplanung gem. § 33 HOAI mind. 10 Ingenieure/innen, für LOS 2 im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI (HLS, Anlagengruppen 1-3) mind. 2 Ingenieure/innen, im Bereich Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI (ELT, Anlagengruppen 4+5) mind. 2 Ingenieure/innen und für den Bereich Ingenieurbauwerke gem. § 42 HOAI (Entwässerung) mind. 1 Ingenieur/in und für LOS 3 im Bereich Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI mind. 3 Ingenieure/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre (je Jahr; 2011, 2012, 2013) nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF. Als Berufsqualifikation werden für LOS 1 der Beruf Architekt/in für die Leistungen gem. § 33 HOAI, für LOS 2 der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 53 HLS, § 53 ELT und § 42 HOAI und für LOS 3 der Beruf Ingenieur/in für den Leistungsbereich gem. § 49 HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die geplanten Mindest- und Höchstzahlen gelten jeweils für LOS 1, LOS 2 und LOS 3. Die Bewerbung ist für ein, zwei oder drei Lose möglich. Der Auftraggeber behält sich vor, eine Auswahl für ein, zwei oder drei Lose zu treffen, sofern eine Bewerbung für mehrere Lose unterbreitet wird. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl für LOS 1 erfolgt für den Leistungsbereich Objektplanung gem. § 33 HOAI anhand von zwei eingereichten Referenzprojekten in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (siehe III.2.1 sowie III.2.3) (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 20 Punkte für LOS 1 erreicht werden. Die Auswahl für LOS 2 erfolgt anhand von zwei eingereichten Referenzprojekten für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 HOAI und einem eingereichten Referenzprojekt für den Leistungsbereich gem. § 42 HOAI (Entwässerung). Die Referenzen für den Leistungsbereich gem. § 53 HOAI werden in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2

Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (siehe III.2.1 sowie III.2.3) (0-1 Punkt) bewertet. Die Referenz für den Leistungsbereich gem. § 42 HOAI wird in den Kriterien vergleichbare Größe (0-1 Punkt), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-1 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (siehe III.2.1 sowie III.2.3) (0-1 Punkt) bewertet. Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 25 Punkte für LOS 2 erreicht werden. Die Auswahl für LOS 3 erfolgt für den Leistungsbereich Tragwerksplanung gem. § 49 HOAI anhand von zwei eingereichten Referenzprojekten in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung des Auftraggebers (siehe III.2.1 sowie III.2.3) (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 20 Punkte für LOS 3 erreicht werden. Der dabei je LOS verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen für das jeweilige LOS versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien in einem LOS oder allen LOSEN zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	15 %
2. Qualität	30 %
3. Kundendienst	10 %
4. Ausführungszeitraum	10 %
5. Umwelteigenschaften	5 %
6. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOF 015/2013

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 26. Juli 2013, 14.00 Uhr
Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:
29. Juli 2013, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: 4. September 2013
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen>
Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung in der 36. Kalenderwoche 2013; Einreichung der Honorarangebote in der 39. Kalenderwoche 2013; Verhandlungsgespräche in der 42./43. Kalenderwoche 2013.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49/040/4 28 40 - 20 39
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller

den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:
Offizielle Bezeichnung:
SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/040/4 27 92 - 71 20
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
27. Juni 2013

Hamburg, den 27. Juni 2013

Die Finanzbehörde

602

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 86,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Grundschule Hoheluft,
Wrangelstraße 80, 20253 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 28/2013**
Zubau von Unterrichts- und Gemeinschaftsräumen
– Fassadenarbeiten Pfosten Riegel Fassade
– Fassadenarbeiten Fenster
- g) Zubau von Unterrichts- und Ganztagsflächen
- h) Entfällt
- i) Baubeginn: 35. Kalenderwoche 2013
Ende: 6. Kalenderwoche 2014
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 3. Juli 2013 bis 24. Juli 2013, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).
- l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro.
Erstattung: Nein
Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.
Empfänger:
SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 28/2013

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine Variante wählen.

- m) Entfällt
- n) Die Angebote können bis zum 25. Juli 2013 um 10.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 25. Juli 2013 um 10,00 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o)
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 23. August 2013.
- w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
Teleax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 3. Juli 2013

Die Finanzbehörde

603

Öffentliche Ausschreibung – Berichtigung –

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefon: 040/4 28 23 - 62 85,
Telefax: 040/4 27 31 - 01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Gyula Trebitsch Schule Tonndorf,
Barenkrug 16, 22303 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB Ö 34/2013**
**Sanierung eines viergeschossigen
Fachklassengebäudes**
LOS 1: Tischlerarbeiten
LOS 2: Fassadenarbeiten
LOS 3: Gerüstbauarbeiten
LOS 4: Metallbau, Sonnenschutz
- g) Sanierung eines viergeschossigen Fachklassengebäudes
- h) LOS 1: Tischlerarbeiten

- Holzfensterkonstruktion, 22 m²
- Vorh. Holzfenster, Dichtungen prüfen, Beschläge ölen und nachschrauben; teilweise ersetzen, 431 m²
- Anstrich der Holzteile der Außenfenster, 431 m²
- 1-flg. Innentüren Holztürblatt, HPL Beschichtung, Beschläge, SUZ, 42 Stück
- 1+2-flg. Innentüren T30 RS mit Holztürblatt, Röhrenspan, Beschläge
- HPL-Beschichtung, SUZ, 8 Stück
- ZULAGE für Feuchtraumtüren, 20 Stück
- 1-flg. T30-RS und T 90-RS-Tür, Stahlblech, 21 Stück
- Tischlermäßige Aufarbeitung von Holzzinnentüren mit Kunststoffauflage, 13 Stück
- neue Trittböden an Innentüren, 127 m²
- Tischlermäßige Aufarbeitung von Holzwandverkl., 27 m²

LOS 2: Fassadenarbeiten

- Verdübelung/Vernadelung Waschbetonvorhangsfassade, 256 Stück
- Vorgehängte hinterlüftete Außenwandbekleidung aus großformatigen Faserzementtafeln, inkl. UK und Dämmung Mineralwolle 14 cm, 780 m²
- Faserzementplattenstreifen zwischen den Fenstern der Fensterbänder, 61 m²
- Einfassung Fensterleib/Sturz Aluminiumblech, 344 m

LOS 3: Gerüstbauarbeiten

- Standgerüst als Fassadengerüst, 2061 m²
- Dachfanggerüst, 124 m
- Verbreiterungskonsolen, Breite ca. 30 cm, 992 m
- Bekleidung Gerüst als Witterungsschutz, 2061 m²
- Innengerüst Treppenhaus als Raumgerüst, 168 m³
- Fassadenauzug, 16 m

LOS 4: Metallbau, Sonnenschutz

- Pfostenriegelfassade
- Pfostenriegelfassade in F 30
- Sonnenschutz – Verdunkelungsanlagen

i) Beginn Los 1: März 2014

Los 2: Januar 2014
Los 3: 33. Kalenderwoch 2013
Los 4: Januar 2014

Ende Los 1: Juni 2014

Los 2: April 2014
Los 3: Mai 2014
Los 4: April 2014

j) Nebenangebote sind zugelassen.

k) Anforderung der Vergabeunterlagen, sowie Verkauf und Einsichtnahme: vom 25. Juni 2013 bis 22. Juli 2013, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a).

l) Höhe des Kostenbeitrages: 10,- Euro pro LOS.

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:

SBH Schulbau Hamburg,
Kontonummer: 201 015 29, BLZ: 200 000 00,
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg,
Verwendungszweck: 7005851, SBH VOB Ö 34/2013

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wün-

schen und beachten, dass der Betrag von 10,- Euro pro LOS fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf.

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe a), per Telefax oder an die E-Mail-Adresse senden. Bitte nur eine Variante wählen.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 23. Juli 2013 – LOS 1 bis 11.30 Uhr, LOS 2 bis 11.50 Uhr, LOS 3 bis 14.10 Uhr und LOS 4 bis 14.30 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 23. Juli 2013 – LOS 1 um 11.30 Uhr, LOS 2 um 11.50 Uhr, LOS 3 um 14.10 Uhr und LOS 4 um 14.30 Uhr.

Anschrift: siehe Buchstabe o)

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen.

s) Zahlungsbedingungen: siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 21. August 2013.

w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
Teleax: 040/4 27 31 - 01 37

Hamburg, den 3. Juli 2013

Die Finanzbehörde

604

Sonstige Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung der Hamburger Wasserwerke GmbH

– Leitungsbau –

Die Hamburger Wasserwerke haben die Hamburger Stadtentwässerung mit der Vergabe der Leistungen beauftragt.

ÖA-Nr.: 29/13

Wesentliche Leistungen:

Betriebsfertige Legung, teilweise im Spülbohrverfahren von insgesamt etwa 2980 m Leitungen in den Andreasberger Weg u. a. Straßen in Hamburg-Niendorf und zwar

285 m DN 50 PE-HD
315 m DN 80 PE-HD
740 m DN 80 GGG ZmPE
330 m DN 100 PE-HD
770 m DN 100 GGG ZmPE

sowie 530 m DN 25-50 Cu bzw. PE
5 m DN 80 GGG ZmPE
5 m DN 100 GGG ZmPE

Anschlussleitungen

Geplanter Ausführungsbeginn: November 2013

Voraussetzung für die Beauftragung:

DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W3 ge.

Sicherheiten und Zahlungsbedingungen:
siehe Vergabeunterlagen

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab 9. Juli 2013 bis zum 23. Juli 2013 montags bis freitags von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr einzusehen oder erhältlich mit Nachweis des Überweisungsträgers über 20,- Euro bei der Submissionsstelle der Hamburger Stadtentwässerung, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.019.

Alternativ können die Unterlagen auch nach schriftlicher Abforderung durch Brief oder Telefax (040/78 88 - 18 49 94) direkt zugesandt werden gegen eine zusätzliche Pauschale für Porto und Verpackung in Höhe von 2,50 Euro. Der Betrag ist in diesem Fall unter Angabe der ÖA-Nr. auf das folgende Konto der Hamburger Stadtentwässerung bei der HSH Nordbank AG, Kontonummer: 100 909 000, BLZ 210 500 00, zu überweisen. Bargeld, Briefmarken und Schecks werden als Zahlungsmittel nicht angenommen.

Eröffnungstermin: 30. Juli 2013 um 9.30 Uhr bei der Hamburger Stadtentwässerung, Anstalt des öffentlichen Rechts, Billhorner Deich 2, 20539 Hamburg, Zimmer B.2.003.

Hamburg, den 2. Juli 2013

Hamburger Wasserwerke GmbH

605

**Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung
gemäß § 12 Absatz 1 VOB/A**

Ausschreibungsnummer: C2036-13 XFEL

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung gemäß VOB Teil A § 3 Absatz 1.

c) Elektronische Auftragsvergabe:

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden.

d) Art des Auftrags:

Einheitspreisvertrag

e) Ort der Ausführung:

Betriebsgelände Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg

f) Art und Umfang der Leistung:

Inhalt des Leistungsverzeichnisses ist die Raumluftechnik für drei Laserräume im Injektorgebäude des Projektes XFEL auf dem DESY-Gelände.

Das Injektorgebäude besteht aus einem siebenstöckigen unterirdischen Schacht XSIN/XTIN/XSE mit einer Grundfläche von ca. 1420 m² und den beiden ein- bzw. zweigeschossigen Hallen XHEIN (Grundfläche von ca. 420 m²) und XHEE (Grundfläche von ca. 660 m²). Die Laserräume und zugehörigen Aufstellräume für raumluftechnische Gerätekomponenten befinden sich im 5. Untergeschoss des Gebäudes. Die 3 Laserräume haben Grundflächen von jeweils ca. 50-60 m².

Die Raumluftechnik umfasst die betriebsfertige Installation von 3 Klimaanlageanlagen, 3 Teilklimaanlagen und 4 kleinen Lüftungsgeräten einschließlich der Kanäle für die Luftverteilung. Zu jeder Klimaanlage gehören zusätzlich Komponenten zur Wasseraufbereitung, Dampfbefeuchtung und Lufttrocknung. Weiterhin umfasst die Ausschreibung die betriebsfertige Installation von 2 Umluftkühlgeräten zur Wandmontage.

Es werden ungefähr folgende Kanalmassen verbaut:

- gerader Kanal aus verzinktem Stahlblech: 200 m²
- Formteile aus verzinktem Stahlblech: 190 m²

Weiterhin beinhaltet der Titel die betriebsfertige Installation von Kaltwasserkreisen und die Anbindung an ein bestehendes System. Die Nennweiten gehen von DN 15 bis DN 50. Es werden ungefähr folgende Kupferrohrmassen verbaut:

- DN 50: 25 m
- DN 32: 70 m
- DN 15: 60 m

Die Klimaanlageanlagen fördern Luftmengen von jeweils ca. 4700 m³/h. Die Teilklimaanlagen fördern Luftmengen von jeweils ca. 200 m³/h. Die Lüftungsanlagen fördern Luftmengen von 100-400 m³/h.

Die Mess-, Steuer- und Regeltechnik für die oben genannten Anlagen, wird von DESY selbst erstellt und betreut.

Ausführungszeitraum ist ca. September 2013 bis Ende Februar 2014.

g) **Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn Planungsleistungen gefordert werden:** entfällt

h) **Losweise Vergabe:** entfällt

i) **Ausführungsfristen für die Baumaßnahme:**

Mit der Ausführung ist innerhalb von 12 Tagen nach Aufforderung zu beginnen. Die Leistung ist in der 9. Kalenderwoche 2014, spätestens am letzten Werktag dieser Kalenderwoche, zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen).

j) **Änderungsvorschläge oder Nebenangebote**

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) **Anforderungen der Unterlagen und Einsichtnahme in weitere Unterlagen** unter Angabe der Ausschreibungsnummer C2036-13 XFEL:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

l) **Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrages, der für die Unterlagen zu entrichten ist:** entfällt

m) **Bei Teilnahmeantrag:**

Anträge auf Teilnahme/Angabotsunterlagen können bis zum 25. Juli 2013 an die unter Buchstabe k) aufgeführte Anschrift gestellt werden. Die Aufforderungen zur Angebotsabgabe werden bis zum 25. Juli 2013 versendet.

n) **Frist für den Eingang der Angebote:**

Bis Donnerstag, den 1. August 2013 um 14.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

o) **Anschrift:**

Die Angebote sind im verschlossenen Umschlag mit der Kennzeichnung

C2036-13 XFEL

Angebotstermin: 1. August 2013, Uhrzeit 14.00 Uhr

per Briefpost/Boten zu richten an:

**Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg**

oder durch persönliche Abgabe bis vor dem Eröffnungstermin einzureichen.

p) **Sprache:**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) **Eröffnung:**

Donnerstag, den 1. August 2013 um 14.00 Uhr im Gebäude 11 a, Zimmer 012, Kellergeschoss, DESY, Notkestraße 85, 22607 Hamburg.

Bieter oder ihre Bevollmächtigten können bei der Eröffnung anwesend sein.

r) **Geforderte Sicherheiten:**

sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

s) **Zahlungsbedingungen:**

sind den Ausschreibungsbedingungen zu entnehmen.

t) **Rechtsform einer Bietergemeinschaft:**

Angabe der gesamtschuldnerisch haftenden Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) **Verlangte Nachweise bzw. Erklärungen:**

- Steuerabzugsverfahren bei Bauleistungen: Nach dem Gesetz zur Eindämmung illegaler Betätigung im Baugewerbe vom 30. August 2001 ist der Auftraggeber verpflichtet, ab dem 1. Januar 2002 von jeder Zahlung 15 v.H. an das für den Auftragnehmer zuständige Finanzamt abzuführen, wenn der Auftragnehmer vor der Gegenleistung keine Freistellungsbescheinigung vorlegt. Im Rahmen der Prüfung der Zuverlässigkeit eines Bieters ist es daher notwendig, bei Angebotsabgabe spätestens jedoch bei Auftragserteilung eine Freistellungsbescheinigung vorzulegen oder die Gründe für die Nichtvorlage mitzuteilen.
- Eignungsnachweise: Der Nachweis der Eignung kann durch einen Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden. Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124

„Eigenerklärungen zur Eignung“ des Vergabehandbuches Bund vorzulegen. Auf Verlangen sind die entsprechenden Eigenerklärungen durch Vorlage von Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Der Auftraggeber wird ab einer Auftragssumme von 30.000,- Euro für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gemäß § 150 a der GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern. Angebote ohne die verlangten Nachweise/Erklärungen können nicht berücksichtigt werden.

v) **Zuschlagsfrist:** 31. August 2013W) **Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße wenden kann:**

Kaufmännisches Mitglied des Direktoriums des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY.

Hamburg, den 3. Juli 2013

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

606